10 Forderungen des BN zum Waldsterben 2.0 durch Klimakrise



Die Klimakrise führt zu neuem Waldsterben

In Deutschland sind die Wälder am stärksten von der Klimakrise betroffen: In Folge der anhaltenden Trockenheit und Hitze der letzten Jahre hat sich die Situation dramatisch zugespitzt. Wälder und Waldböden sind ausgedorrt. Die Bäume sind durch den permanenten Eintrag von Luftschadstoffen und durch die Überdüngung aus der Luft geschwächt. Waldbrände, Stürme und Massenvermehrungen von Borkenkäfer und Nonne lassen in der Folge ganze Waldbestände aus naturfernen Fichten- und Kiefernmonokulturen zusammenbrechen. Diese naturfernen Nadelholz-Monokulturen sind besonders anfällig für Stürme und für Waldbrände in Trockenperioden – außerdem bieten sie den idealen Nährboden für die Massenvermehrung von Insekten. Naturnahe Laubmischwälder sind dagegen viel widerstandsfähiger als Nadelholz-Monokulturen. Doch auch einige Buchenwälder sind durch den Klimastress bereits so geschwächt, dass die Bäume ihr Laub frühzeitig abwerfen oder gar absterben. Es droht ein "Waldsterben 2.0".

Der BN fordert angesichts absterbender Waldbestände in vielen Regionen Deutschland endlich wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakrise zu stoppen und ein "Waldsterben 2.0" abzuwenden.

Der BN stellt zehn Forderungen an die Entscheider*innen in Politik, Forstwirtschaft und Jagd:

1. Waldsterben 2.0 durch wirksame Klimaschutzmaßnahmen stoppen

Die Landesregierung und die Abgeordneten des bayerischen Landtags, des Bundestags und des Europaparlaments müssen endlich rascher und konsequenter überfällige Beschlüsse zum Schutz des Klimas herbeiführen, um das Waldsterben 2.0 zu stoppen. Dazu gehört eine umwelt- und sozialverträgliche CO₂-Abgabe ebenso, wie ein umfassendes sektorspezifisches Maßnahmenpaket, insbesondere der überfällige Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle. Politiker*innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene müssen mit gutem Beispiel vorangehen und umgehend wirkungsvolle Klimaschutzmaßnahmen beschließen. Es werden endlich mutige Entscheidungen zum Schutz des Klimas gebraucht, auch auf globaler Ebene.

2. Waldumbau von Nadelforsten zu Laubmischwäldern vorranging betreiben

Angesichts der Klimakrise ist ein umfassender Umbau unserer Wälder weg von naturfernen Fichten- und Kiefernforsten, hin zu naturnahen Laubmischwäldern dringender denn je geboten und sollte dementsprechend mit Vorrang vorangetrieben werden. Die positiven Waldumbauprojekte ("Zukunftswälder") sind deutlich zu verstärken und verbreitet umzusetzen. Bei diesem Umbau müssen einheimische Laubbäume wie Buche und Eiche die zentrale Rolle spielen. Sie bieten ein breites Spektrum an Arten und genetischer Vielfalt, die besonders in Mischung mit den unterschiedlichsten Bedingungen zurechtkommen. Nadelhölzer wie Kiefer oder Fichte dürfen nicht mehr in Monokultur, sondern nur noch gruppenweise oder in Beimischung angebaut werden.

Insbesondere im Bergwald ist die Weißtanne als heimische Art zu fördern. Mit ihren tiefen Wurzeln kann sie zudem Stürmen und Trockenperioden besser standhalten als die Fichte. Auf das künstliche Einbringen nichtstandortheimischer Baumarten ist aus Naturschutzgründen zu verzichten. Exotische Baumarten wie Douglasie, Küstentanne oder Roteiche bieten vielen heimischen Arten keinen Lebensraum. Für den Anbau dieser Baumarten besteht ein erhebliches ökologisches Risiko. Douglasien zeigen zudem bereits jetzt, dass sie ebenso wie die Fichte anfällig für Trockenstress sind. Wenn Anpflanzungen in diesem Sinne durchgeführt werden, kann dies langfristig helfen, die labilen Nadelholzforste zu stabilisieren. Sie helfen aber nicht kurzfristig die Klimakrise zu begrenzen, was jetzt notwendig ist. Zudem ist vorrangig ein natürlicher Aufwuchs geeigneter Baumarten anzustreben, weil dieser angesichts der zunehmenden Trockenheit nicht so leicht austrocknet und deutlich höhere Überlebenschancen hat.

3. Wald vor Wild

Der Grundsatz "Wald vor Wild" (Art. 1, Abs. 2, Nr. 2 BayWaldG) ist konsequent umzusetzen. Das bedeutet, die Bestände von Reh-, Rot- und Gamswild entsprechend der forstlichen Vegetationsgutachten in sehr vielen Jagdrevieren dringend zu reduzieren. Zahlreiche Beispiele zeigen, dass durch eine effektiv praktizierte Bejagung des genannten Schalenwildes eine erfolgreiche natürliche Verjüngung und Wiederaufforstung von Laubbäumen und Tanne ohne Zaun möglich ist. Der Schutz der Waldökosysteme muss Vorrang bekommen vor Jagdinteressen. Es kann nicht sein, dass jahrelange Bemühungen von engagierten Waldbesitzer*innen und Förster*innen, junge Laubbäume und Weißtannen in den oft reinen Fichten- und Kiefernwäldern hochzubringen, wegen Versäumnissen bei der Jagd scheitern. Die Verpflichtung zur Reduktion überhöhter Schalenwildbestände gilt insbesondere für die Bayerischen Staatsforste, da diese u. a. für die vorbildliche Bewirtschaftung des Staatswaldes verantwortlich sind (Art. 18, Abs. 1, Satz BayWaldG). Nach Auffassung des BN ist es ein Skandal, dass seit vielen Jahren die amtlichen Vegetationsgutachten für große Staatswaldteile einen waldvernichtenden Wildverbiss ausweisen (siehe beispielhaft die Forstbetriebe Oberammergau und Rothenbuch) und eine grundlegende Besserung nicht in Aussicht ist.

4. Im Klimaspeicher Staatswald muss Gemeinwohl Vorrang bekommen

Der BN begrüßt die Ankündigung von Ministerpräsident Söder, dass der Staatswald ökologischer ausgerichtet und Klimaspeicher werden soll. Die Klimakrise macht eine Neuausrichtung der Bayerischen Staatsforsten notwendig, wofür der BN bereits viele Maßnahmen vorgeschlagen hat. Dazu gehören eine naturverträglichere Waldnutzung, eine waldverträgliche Jagdpolitik, und mehr Naturwälder inklusive eines Nationalparks mit erster Priorität im Steigerwald. Mehr naturnahe Wälder mit vielen alten Bäume und intakten Waldböden sind bessere Kohlenstoffspeicher. Um die Folgen der Klimakrise für Wälder zu begrenzen, ist mehr Personal im Staatswald erforderlich. Es ist daher zwingend notwendig, erhebliche Finanzmittel für mehr Forstpersonal in den staatlichen Wäldern bereitzustellen. Der Stellenabbau in den Staatsforsten rächt sich zum Beispiel dann, wenn es an Forstpersonal fehlt, um den Befall von Bäumen mit Borkenkäfern frühzeitig zu erkennen. Insbesondere für die Kernaufgaben naturverträgliche Waldwirtschaft, Waldumbau und waldangepasste Jagd ist zusätzliches, gut qualifiziertes Forstpersonal im Wald unabdingbar.

5. Mehr Förster*innen unterstützen Waldbesitzer und Kommunen beim Waldumbau

Waldbesitzer*innen und Kommunen, die die labile Nadelholzforste bewirtschaften, müssen von der Forstverwaltung intensiv beraten werden, damit sie einen Waldumbau hin zu naturnahen

Laubmischwäldern auf den Weg bringen können. Dazu muss das durch die Forstreform stark reduzierte Forstpersonal deutlich aufgestockt werden. Die Forstverwaltung muss allen Jagdgenossenschaften Beratung anbieten. Waldbesitzer sollen unbürokratisch finanziell unterstützt werden, beispielsweise durch entsprechende förderfähige Maßnahmen im Rahmen des zweiten Förderschwerpunktes des Waldklimafonds, "Anpassung an den Klimawandel". Die Gesellschaft muss Waldbesitzer*innen darin unterstützen, durch den Waldumbau ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Wälder mit ihren unersetzbaren ökosystemaren Leistungen gerecht zu werden.

6. Waldflächen nach Extremereignissen schonend behandeln

Flächen, auf denen Waldbrände, Stürme oder Massenvermehrungen stattgefunden haben, sind nach dem modernsten Stand der Wissenschaft so zu behandeln, dass die Bodenfruchtbarkeit und die Feuchtigkeit erhalten bleiben. Sie sind daher nicht oder nur eingeschränkt abzuräumen und mit der Zielstellung eines naturnahen Laubmischwaldes wieder zu bestocken. Soweit möglich soll auch eine natürliche Sukzession zugelassen werden.

7. Begiftungen von Wäldern unterlassen

Begiftungen von Wäldern per Hubschrauber gegen Massenvermehrungen von Schmetterlingsraupen und anderen Insekten sind, wenn sie nicht dem direkten Schutz der Menschen dienen, zu verbieten und ausnahmslos zu unterlassen. Durch solche Einsätze werden gleichzeitig großflächig andere Insektenarten vergiftet, die essentielle Nahrungsgrundlage für Vögel und Fledermäuse sind. Im Zeitalter des massenhaften Artensterbens, insbesondere der Insekten, ist eine solche Vorgehensweise überholt.

8. Wälder ökologisch verträglich bewirtschaften, Holz schonend ernten

Um die gestressten Wälder besser gegen die Auswirkungen der Klimakrise zu schützen, müssen sie dringend schonender bewirtschaftet werden. Dazu gehört eine ökologisch verträgliche Waldwirtschaft, die für die Holzerzeugung und Holzernte in Qualität und Quantität so schonend wie möglich in das Waldökosystem eingreift. Hierfür ist endlich eine "Gute forstliche Praxis" zu definieren und im Bayerischen Waldgesetz verbindlich zu verankern. Forst- und Holzwirtschaft, Handel, Politik, Verbraucher*innen - die Gesellschaft muss sich nach dem richten, was unsere Wälder nachhaltig leisten können, nicht umgekehrt. Ziel muss in Anbetracht von durch die Klimakrise bedingtem Trockenstress, Hitze und Stürmen sein, dass mehr Feuchtigkeit im Wald verbleibt und dieser sich selbst stabilisieren kann: Konkret bedeutet dies, dass bei Durchforstung und Holzernte weniger Holz entnommen werden darf, die Entwässerung der Wälder gestoppt wird und möglichst wenig Waldböden durch tonnenschwere Maschinen befahren und damit verdichtet werden. Es ist ausreichend starkes Totholz im Wald zu belassen, da dieses die Feuchtigkeit im Wald hält, um Wälder besser gegen Trockenstress und Brände zu wappnen. So gilt für die Holzernte und die Walderschließung: Der Wald darf dabei nicht so weit aufgelichtet werden, dass er durch Sonneneinstrahlung und Verdunstung austrocknet und die Bäume durch fehlende Nachbarn instabil werden. Der Waldboden als wichtiger Wasserspeicher muss bei der Holzernte schonend behandelt werden, Rückegassen müssen einen Mindestabstand von 40 Metern aufweisen. Das Alter (Umtriebszeit) der Wälder muss erheblich erhöht werden, nur so ist die erwünschte Naturnähe erreichbar.

Der Landschaftswasserhaushalt darf nicht gestört, beziehungsweise muss naturraumtypisch wiederhergestellt werden, indem z.B. der Grundwasserspiegel angehoben wird, das

Wasserrückhaltepotenzials der Waldböden erhöht und der Oberflächenabfluss vermindert oder verzögert wird.

9. Kompetenzen in Laubholzwirtschaft und -verwertung ausbauen

Die für Deutschland typische biologische Vielfalt der Laubmischwälder, insbesondere die der Rotbuchenwälder, kann nur hier erhalten werden. Danach müssen sich die deutsche Forst- wie Holzwirtschaft richten und ihre Kernkompetenz im Laubholz ausbauen. Dies ist als Wettbewerbsvorteil gegenüber der riesigen borealen Nadelwaldzone zu nutzen. Forschung und Wirtschaft sollen das Potential für Laubholzanbau und -verwertung (insbesondere stoffliche Verwertung) weiterentwickeln und nutzen.

10. Naturwälder auf zehn Prozent der öffentlichen Waldfläche zulassen

Für den Erhalt des Potentials der biologischen Vielfalt unserer Wälder ist es unabdingbar, dass sich zeitnah zehn Prozent der öffentlichen Wälder dauerhaft als Naturwälder, frei von forstlichen Eingriffen entwickeln dürfen. In diesen "Urwäldern von morgen" werden nicht nur seltene Tiere, Pflanzen und Pilze besonders geschützt, sondern die Forschung kann hier wertvolle Erkenntnisse gewinnen, wie sich der Wald in der Klimakrise selbst helfen kann.

Gerade in der Klimakrise ist das besonders wichtig, weil man so lernen kann, wie die Waldnatur mit der Klimakrise umgeht, welche Baumarten sich durchsetzen, wie sich Wälder erneuern, wie Wälder in Zeiten der Klimakrise am besten bewirtschaftet und angepasst werden. Diese Prozesse gilt es in Naturwäldern zu erforschen. Dazu müssen sie, wie z.B. Nationalparke möglichst groß sein, damit keine störenden Randeinflüsse auftreten. Naturwälder haben ein feuchteres und kühleres Waldinnenklima. Sie können mehr Wasser speichern, mehr Kohlenstoff im Boden und in den Bäumen fixieren und sie bieten vor allem einen Lebensraum für Waldarten, die im Wirtschaftswald nicht oder kaum vorkommen. Im Forst dagegen kann die Hitze durch die starken Auflichtungen und Holznutzungen den Waldbäumen leichter zusetzen, die Waldböden trocknen aus. Die schweren Maschinen auf den vielen Fahrwegen im Forst verdichten die Böden, leiten bei Regen das Wasser schnell aus dem Wald und reduzieren so die Wasserspeicherfähigkeit der Waldböden. Insbesondere im Staatswald soll ein repräsentatives und kohärentes Naturwaldverbundsystem eingerichtet werden. Der Naturwaldverbund soll die natürlichen Waldgesellschaften landesweit repräsentieren und der Erhaltung und Erforschung solcher Wälder sowie der Sicherung der biologischen Vielfalt dienen. Dazu sollen kleine, mittlere und große Naturwaldkomplexe dauerhaft geschützt werden. Abgesehen von notwendigen Maßnahmen des Waldschutzes und der Verkehrssicherung soll in Naturwäldern dauerhaft keine Bewirtschaftung und keine Holzentnahme stattfinden. In den Naturwaldverbund können freiwillige, dauerhafte Beiträge der Kommunen und Privatwaldbesitzer eingebracht werden, die entsprechend gefördert werden sollen.

Stand: 20. August 2019